

## **Abbruch der Verhandlungen über ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU – sofort und definitiv!**

Seit rund zwei Jahren forciert der Bundesrat zusammen mit dem Bundesamt für Landwirtschaft ein Agrarfreihandelsabkommen mit der EU. Dies im Alleingang, ohne dass die EU Druck erzeugt oder ein diesbezügliches gemeinsames Interesse angemeldet hätte. Dem bundesrätlichen Vorgehen fehlt die innenpolitische Abstützung. Deshalb hat Nationalrat Rudolf Joder (SVP, Bern) zwei Vorstösse (parlamentarische Initiative 0.9.515, Motion 10.3473) eingereicht. Das Parlament bekommt so die Möglichkeit, einen referendumsfähigen Planungsentscheid über den Abbruch der Verhandlungen zu fällen. Anstelle des Bundesrates muss jetzt das Parlament in Sachen Landwirtschaftspolitik handeln. Dies ist dringend nötig, denn ein allfälliges Abkommen wäre volkswirtschaftlich unvernünftig und aus Sicht der Landwirtschaft schlicht nicht tragbar!

Der Auftrag der Landwirtschaft ist in Art. 104 der Bundesverfassung verankert. Volk und Stände haben diesen eindeutig gutgeheissen. Ein Agrarfreihandelsabkommen (AFHA) mit der EU würde dazu führen, dass die Landwirtschaft den Verfassungsauftrag betreffend sichere Versorgung der Bevölkerung, Pflege der Kulturlandschaft, Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und dezentrale Besiedlung des Landes nicht erfüllen kann. Ein solches

Abkommen wäre das Ende für Tausende von Familienbetrieben. Aber auch die vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereiche und Gewerbebetriebe wären stark betroffen. Modellrechnungen prognostizieren für die Landwirtschaft Einkommenseinbussen in der Grössenordnung von 50 Prozent. Ein Ausmass, welches schlicht nicht tragbar ist. Umso mehr, da die Kosten unverändert hoch bleiben: Arbeit (Schweizer Löhne!), Kapital, Infrastruktur und Energie sind durch ein mögliches Abkommen nicht tangiert.

Auch die Konsumenten können kaum etwas gewinnen. In den letzten zwanzig Jahren öffnete sich die Schere zwischen Produzenten- und Konsumentenpreis immer weiter. Es ist deshalb falsch anzunehmen, die Konsumentenpreise würden mit einem AFHA mit der EU sinken. Sinken würde hingegen das Qualitätsniveau, wie dies Beispiele im Rahmen des «Cassis-de-Dijon» bereits heute zeigen. Deshalb muss die Strategie geändert werden. Der Verzicht auf eine generelle Marktöffnung ist dabei ein erster wichtiger Schritt!

■ **Gemeinsame Medienmitteilung  
SVP Kanton Bern, SALS-Schweiz und LOBAG**